



Editorial

Wer unverzügliche Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union fordert, will dieser beitreten. Am kommenden 4. März stimmen wir über die Initiative «Ja zu Europa» ab. Die Initiative wurde von EU-Befürwortern eingereicht. Der Titel spricht von Europa. Der Initiativtext spricht vom Beitritt zur Europäischen Union. Europa gleich EU? Ein fataler Schluss. Er zwingt Länder wie die Schweiz, Werte und Errungenschaften zu opfern, die über Jahrhunderte erschaffen worden sind; die sich bis heute bewähren. Werte, für die weltweit Menschen auf die Strasse gehen und sogar ihr Leben lassen müssen. Denis de Rougemont war Schweizer. Gleichzeitig ein überzeugter Europäer. Er hat sich tiefgründige Gedanken über Europa gemacht. De Rougemont nahm die Schweiz als Vorbild. EU-Befürworter und selbst Behördenmitglieder nehmen nicht mehr das eigene Land als Ausgangspunkt. Hohle Schlagworte wie Solidarität, gemeinsames Haus und Binnenmarkt genügen ihnen. Sie würden dafür das eigene Land opfern. Es geht am 4. 3. 2001 um eine grundsätzliche, existenzielle Frage. Die Antwort lautet: nein. Die Abhandlung ab Seite 2 über Denis de Rougemont erklärt das Nein.

Werner Gartenmann

Wir sagen ja zu Europa! Wir sagen nein zum EU-Beitritt!

Liebe Leserin, lieber Leser!
Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE lehnt die Initiative «Ja zu Europa» ab.

Wir engagieren uns im Abstimmungskampf. Wir führen eine Plakataktion durch. Wir verteilen kostenlos Flugblätter, Kleber und Plakate. Wir benötigen aber Ihre Unterstützung: «Es kostet weniger, sich heute finanziell zu engagieren, als in einigen Jahren lebenslang Steuergelder nach Brüssel zu schicken...!»



Wir danken für Ihre Unterstützung!

Was will die Initiative?

Die Initiative «Ja zu Europa» verlangt u. a. folgende neue Bestimmung in der Bundesverfassung:
Art. 23 neu

¹ Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an.

² Der Bund nimmt ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf.

Ablehnung! Warum?

- Das Schweizer Volk hat mit klarer Mehrheit dem bilateralen Vertragswerk 98 zugestimmt. Die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union wäre eine Missachtung des Volkswillens.
- Beitrittsverhandlungen mit der EU sind kein Gegenstand der Bundesverfassung.
- Die Initiative spricht von «Europa». Sie will uns einreden, die EU sei Europa und die Schweiz gehöre noch nicht zu Europa. Das ist politischer Unfug und bewusste Irreführung.

Hauptversammlung 2001

Die ordentliche Hauptversammlung der Vereinigung PRO LIBERTATE findet am Samstag, 10. März 2001, 10.30 Uhr, in Bern statt. Beachten Sie bitte in der Beilage die Einladung und das Anmeldeformular.

Sie lesen heute

Der Föderalist	
Denis de Rougemont	2
«Des Kaisers neue Kleider»	4
Referendum gegen die Militärgesetz-Revision	4
Der Jahresbericht 2000: «Eine rechtsnationale und arrogante Vereinigung!»	5
Jahresbericht Projektgruppe 2: Finanzen/Administration	6
Jahresbericht Projektgruppe 3: Werbung/Marketing	7
Der Stadt Bern läuft der Bär davon!	8

- Wir kennen heute die Konsequenzen eines EU-Beitritts. Dafür braucht es keine Verhandlungen. Verhandeln will nur derjenige, welcher schliesslich der EU beitreten will.
- National- und Ständerat lehnen die Initiative ab.
- Das Begehren wird ausschliesslich von linken Parteien und Gewerkschaftskreisen befürwortet.

Ein Beitritt zur EU kann heute kein Thema sein!

- Auch der EU-Gipfel von Nizza konnte keine grundsätzliche EU-Reform einleiten. Daran hätte auch die Mitgliedschaft des Kleinstaates Schweiz nichts geändert.
- Der EU-Beitritt verlangt den konstitutionellen Umbau unseres Landes.

Denn das EU-System ist grundsätzlich nicht vereinbar mit den Volksrechten «Initiative und Referendum» sowie mit dem Föderalismus der Schweiz.

- Das Volk, die Gemeinden, die Kantone und das Parlament verlieren an Mitsprache. Gestärkt in ihrer Macht werden eine Zentralregierung und eine Ministerialbürokratie in Bern.
- Auch wenn die Schweiz heute häufiger EU-Recht nachvollzieht, kann sie im Einzelfall auch anders entscheiden. Das Volk kann nach wie vor mit dem Referendum zum Nachvollzug nein oder ja sagen. Nach einem EU-Beitritt ist das nicht mehr möglich.
- Die positiven Wirtschaftsdaten sprechen klar gegen einen EU-Beitritt. Die Regulierungsdichte und das

sozialpolitische Korsett der EU-Politik lähmen den Wirtschaftsstandort Schweiz.

- Die Aufgabe des Schweizer Francs bzw. der eigenständigen Geld- und Währungspolitik schwächen den Wohlstand.
- Die finanziellen Verpflichtungen der Schweiz gegenüber der EU führen zu massiven Belastungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden, der Wirtschaft und der Bürger.

Deshalb ist die Initiative «Ja zu Europa» klar abzulehnen. Wir haben uns für die bilaterale Zusammenarbeit entschieden. Diese ist nun umzusetzen.

Der Vorstand

Der Föderalist Denis de Rougemont

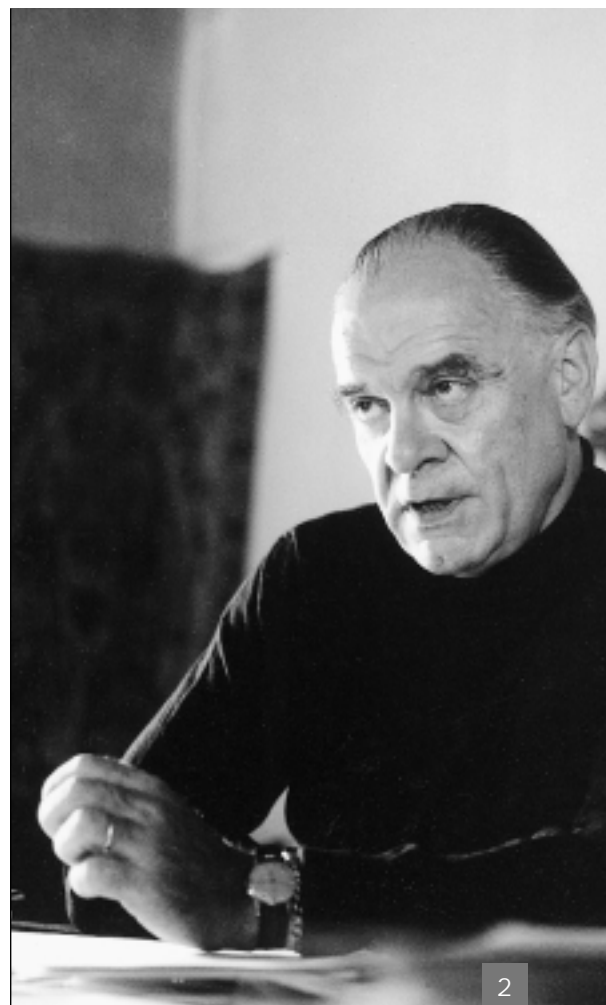
Ein bedeutender Schweizer und Europäer

Noch heute ist Denis de Rougemont in der deutschen Schweiz wenig bekannt. Als 1985 diese bedeutende Schweizer Persönlichkeit in Genf starb, erlosch eine der hervorragendsten Stimmen des europäischen Föderalismus.

Denis de Rougemont hatte sich am geschichtlichen Geschehen seines Jahrhunderts gebildet. Der 1906 bei Neuchâtel Geborene studierte in Genf und Wien. 22-jährig ging er nach Paris, wo er bald in verschiedenen Verlagshäusern arbeitete und sich als junger Schriftsteller profilierte. In seinem ersten grossen Werk *La Politique de la Personne* (1934) ist bereits die Fülle seiner Gedankenwelt ersichtlich. Demokratie verlangt, dass man den Hauptakzent auf die Verwirklichung der Person, d. h. des verantwortungsbewussten Menschen, legt, der sich seiner Berufung bewusst ist und seinem Leben Sinn geben will. Im Gegensatz dazu steht der passive Bürger, wie ihn zentralistische Systeme hervorbringen. Bildung war somit für de Rougemont erste Voraussetzung, und zwar die Form von Bildung, die im Abendland die Menschenrechte hervor gebracht hat.

1936 treffen wir de Rougemont als Lektor an der Universität in Frankfurt a. M. Als Erster, noch vor Malraux und Madariaga, warnte er vor der Nazidiktatur. Während der Kriegsjahre lehrte de Rougemont in New York, an der Freien Universität. Auf dem Sender *Voice of America* kommentierte er täglich die Kriegsgeschehnisse. 1946 war er einer der ersten Sprecher an den *Rencontres Internationales de Genève*. Hier ging es vorrangig um das Thema Europa. Europa lag am Boden, seine Werte waren mit Füissen getreten worden. Die Welt hatte sich neu konstelliert. Welche Rolle konnte Europa darin einnehmen?

Zwei Grundthemen beschäftigten de Rougemont zeitlebens: das zukünftige Europa und die gegenwärtige Schweiz, die Schweiz als ein Europa im Kleinen, wo man nicht verkrampt versuchte, durch Gesetze Extreme einander gleichzumachen, sondern wo, über Jahrhunderte, Menschen aus verschiedenen Kulturen in einem natürlichen und fruchtbaren Miteinander gelebt haben. Das Schweizer Verhandlungssystem, zwischen Individuum, Gemeinde, Kanton, Staat, Welt, sowie die direkte Demokratie hatten sich als vorbildlich erwiesen.



Nicht aus nationalem Egoismus, wie es so oft unterschoben wird, lehnt die Schweiz bis heute die EU ab, sondern aus Treue zu ihrer Geschichte und den jahrhundertealten föderalen Strukturen. Denis de Rougemont wurde nicht müde, sich für ein Europa nach dem Schweizer Modell einzusetzen, wie es die europäischen Föderalisten generell forderten.

Nirgends lässt sich die Entwicklung Europas so klar ablesen wie in der Biografie de Rougemonts. Seit 1946 gibt es zwei Europamodelle: Auf der einen Seite ist es das zentralistische, aus Churchills Züricher Rede hervorgegangen, das sich auf die Wirtschaftsthesen Jean Monnets stützte. Hier ging es darum, als Friedenssicherung einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen. Diese Einigung sollte über die Regierungen zustande kommen. Auf der anderen Seite war aus der Widerstandsbewegung gegen die Diktaturen des Zweiten Weltkrieges das föderalistische Modell entstanden. Die Befürworter dieses Modells forderten ein Europa, das von der Basis aufgebaut werden sollte. Sie fürchteten nichts so sehr wie Zentralismus, zeigte die Geschichte doch zur Genüge die katastrophalen Verführungen zentralistischer, bzw. imperialistischer Utopien und wie anfällig die Europäer diesen gegenüber sind. Denis de Rougemont wurde zum Wortführer der Föderalisten, denen es um Dialog und Teilhabe ging. Demokratie war für sie das Gegenteil der Bürokratie und der Monopole. Sie verlangten Transparenz und Methoden des Teilhabens auf allen Ebenen.

De Rougemont war der Überzeugung, Europa könne kein Selbstbewusstsein entwickeln ohne das Wissen um seine Kultur. Eine gemeinsame Kultur verbindet alle Europäer. Kultur und Person waren in seinen Augen unzertrennlich. Das Wertvollste in Europa ist eine bestimmte Auffassung vom Menschen, aus der die Menschenrechte hervorgegangen sind. Kultur bedeutet für uns Europäer die Träume und Taten, die auf eine totale Verwirklichung des Menschen hinwirken. Es handelt sich dabei um einen sehr explosiven Schatz! Denn nie darf vergessen werden, dass Rechte mit Pflichten einhergehen. Wirtschaft allein kann nicht Einheit und Frieden sichern. Dazu muss auch die Kultur wirksam sein. Das Wort *Kultur* bedeutete für de Rougemont nicht nur Kunst, Philosophie, Wissenschaft, sondern einen umfassenden Lebensstil, eine Ethik

auf kollektiver Ebene. Die Politik der Person ist eine humanistische, die den Respekt in der Gemeinschaft fördert. Ausgangspunkt für Denis de Rougemont war stets die Person.

Immer wieder stellte Denis de Rougemont die Frage: Was wollen wir? Wollen wir Freiheit oder wollen wir Macht? Diesen zwei Zielen entsprechen radikal verschiedene Formen von Politik. Streben wir Macht an, so müssen wir tatsächlich einen Superstaat, eine Art kontinentale Nation, schaffen, zentralistisch und aggressiv, in dem unsere Staaten wie Verwaltungsbezirke behandelt werden. In diesem Fall braucht es unbeugsame Gesetze, die ohne Achtung für ethnische oder andere Bedürfnisse alles dem Kriterium der Erhöhung des Bruttogewinns unterstellen. Wollen wir hingegen Freiheit, d.h. die grösstmöglichen Entwicklungschancen für alle Menschen, dann gilt es, die Mitbestimmung der Bürger, die Autonomie der Gemeinschaften zu schützen. Industrielle Produktion und Wirtschaft gewiss, aber nur als ein Mittel, um Freiheiten zu garantieren.

Ein föderalistisches Europa bedeutet die Suche nach einem Gleichgewicht, das sich, im gegenseitigen Respekt, zwischen verschiedenen Gruppen herstellen sollte, ohne Unterwerfung noch Unterjochung. So kann eine Kultur des Dialogs auf die Zivilisation der Kriege folgen. Ist dies unser Ziel, so müssen andere Methoden als die zentralistischen angewandt werden, müssen Modelle zum Zuge kommen, die den Menschen als Mass aller Dinge ansehen. In einer solchen Perspektive würde es möglich, auf föderaler Ebene, alles zusammenzulegen, was Autonomie verschiedenster Art garantiert.

Natürlich braucht Europa eine Basis und einen gemeinsamen politischen Rahmen. In diesem aber sollte die Vielfalt anerkannt werden, die Europa charakterisiert, und das Recht eines jeden Volkes und eines jedes Europäers, darin seinen Platz zu finden und seinen Beitrag leisten zu können.

Vor allem ging es de Rougemont um die wahren Probleme unserer Zeit, nämlich um die Erziehung der Massen, den Kampf gegen den Materialismus, den Einsatz für die Ökologie. Er forderte Anpassung der Technik an die menschlichen Bedürfnisse – nicht umgekehrt.

Schliesslich warnte er vor der mentalen Versklavung – dem Verlust des Rechts- und Wahrheitsempfindens – die bereits keine Utopie mehr ist. Ein besseres Verständnis weltweit verlangt, dass die Kulturen einander begegnen, sich immer besser kennen lernen. Im *Centre Européen de la Culture* in Genf, das Denis de Rougemont jahrzehntelang leitete, entwickelte sich ein ständiger Dialog zwischen Europäern, aber auch zwischen den verschiedenen Regionen der Welt. Schliesslich finden wir bei de Rougemont – und dies bereits vor 40 Jahren – eine revolutionäre Idee, die noch immer zu kurz kommt: Die Gewinne durch Automatisierung sollen nicht in die Arbeitslosenkasse fließen, sondern in schöpferische Projekte investiert werden.

Die Unruhen, die heute in Europa gären, der teure Beamtenapparat in Brüssel, die Dezentralisierungsversuche in verschiedenen EU-Ländern deuten darauf hin, dass die Völker, im Gegensatz zu ihren Regierungen, vielfach das föderative System vorziehen würden.

Anouchka von Heuer

Anouchka von Heuer, Psychologin und Schriftstellerin, die zwischen Genf und Bern lebt, besuchte während den 68er Ereignisse in Ferney-Voltaire Denis de Rougemont auf. Zahlreich waren die gemeinsamen Interessen, die beide Gesprächspartner verbanden. Denis de Rougemont erwähnt die zwischen 1968 und 1971 geführten Gespräche in seinem Buch *Le cheminement des esprits*. Frau von Heuer wurde 1994 von der französischen Regierung für die kulturelle Ausstrahlung ihres Schaffens ausgezeichnet und wählte als Thema ihrer Dankesrede: *Denis de Rougemont, le fédéralisme, la Suisse et l'Europe*.

«Des Kaisers neue Kleider»

Die EU-Frage lässt sich eigentlich gut mit Andersens Märchen vergleichen. Am 4. März stimmen wir ab, ob dem Bundesrat die Kompetenz gegeben werden soll, sofort Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen.

Gewisse Kreise der Classe politique würden diese Schweiz gerne etwas aristokratischer einkleiden. Man müsste endlich dabei sein, mittanzen auf dem aristokratischen Politparkett in der Europäischen Union. Schneider unterschiedlichster Couleur werden herbeibemüht, um der Schweiz das passende Kleid umzuhängen. Man verspricht Image und Sicherheit, man verspricht Mitbestimmung, man verspricht Chancengleichheit, Solidarität, wirtschaftliche Prosperität und Zukunft für die Jugend.

Für diesen feinen Stoff wird einkassiert: Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15%, 5 Milliarden jährliche Zahlungen nach Brüssel, Euro statt Schweizer Franken. Die schweizerische Landwirtschaft wird sich mit EU-Preisen nicht behaupten können. Wegen des höheren Zinsniveaus in der EU würden auch die Mietzinse steigen. Der vergrösserte Arbeitsmarkt mit der Aussicht von billigen Arbeitskräften bei einer Osterweiterung der EU würde zu Arbeitslosigkeit und tieferen Löhnen führen.

Beim Berühren zerfällt dieses Sicherheits-, Mitbestimmungs- und Prosperitätsgewebe zusammen. Offene Grenzen führen in den wenigsten Fällen zu weniger Kriminalität, sonst würde wahrscheinlich Belgien die Grenzkontrollen nicht wieder einführen. Europaweit ist das Lohnniveau in der Schweiz am höchsten. Referendums- und Initiativrecht werden bei einem EU-Beitritt beschritten. Das Volk verliert an Mitbestimmungsrechten. Wirtschaftlich kann es uns nur schlechter gehen.

Auch wenn ein Beitritt EU-weit von den Medien hochgejubelt würde, müssten wir Bürger, wie jener Junge im Märchen, nach einem Beitritt sagen: «Das Kleid existiert nicht, das Gewebe fehlt, die Schweiz gerupft und nackt und der Bürger seiner Freiheitsrechte teilweise beraubt.»

So darf es nicht geschehen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Garantieren wir mit einem Nein am 4. März für unsere wirtschaftliche Zukunft selber. Verteidigen wir mit dem Nein unsere politische Unabhängigkeit, unsere zukünftige Freiheit, die Sicherheit und den Frieden!

Annemarie Gür-Bossard
guer@prolibertate.ch



«Für eine prosperierende, innovative Schweiz: Bilaterale Zusammenarbeit ja! EU-Beitritt nein!» (Keystone)

Referendum gegen die Militärgesetz-Revision

Das Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes ist zu Stande gekommen! Wir danken allen unseren Mitgliedern und Freunden, die das Referendum unterzeichnet haben. Damit ist ein erstes wichtiges Ziel erreicht: Das Schweizervolk als Souverän kann über die beiden wichtigen Grundsatzfragen abstimmen:

- Soll die Schweizer Armee im Ausland eingesetzt werden?
- Wenn sie im Ausland eingesetzt wird, sollen solche Einsätze bewaffnet erfolgen?

Die Revision des Militärgesetzes bedeutet eine grundsätzliche Weichenstel-

lung für die Militärpolitik der Schweiz. Deshalb halten wir eine breit abgestützte Diskussion dieser Grundsatzfragen für wichtig. Da wir, gemäss Erfahrung der letzten Zeit, vom Bundesrat und vom VBS nur Propaganda, aber keine objektive Information erwarten, ist es notwendig, dass auch wir «als PRO LIBERTATE» unseren Einsatz leisten zur objektiven Meinungsbildung.

Für die Abstimmung hat der Bundesrat das Wochenende vom 9./10. Juni 2001 bestimmt. Es ist möglich, dass das Abstimmungsdatum in den Herbst 2001 verschoben wird, da der Bundesrat eine Verunsicherung der Bevölkerung be-

fürchtet wegen der ungeklärten Folgen des Einsatzes von uranangereicherter Munition durch die Nato (=USA!) in Bosnien und im Kosovo. Diese Verunsicherung könnte es den Befürwortern der Militärgesetz-Revision schwer machen.

Sobald das endgültige Abstimmungsdatum bekannt ist, werden wir Sie mit Pro- und Kontra-Argumenten informieren und Ihnen die Stellungnahme des Vorstandes vorlegen.

Walter Rytz

«Eine rechtsnationale und arrogante Vereinigung!»

Jahresberichte geben Aufschluss über die geleistete Arbeit. Aber sie sollen nicht in der Vergangenheit schwelgen, indem sie die Taten des Vorstandes oder sogar des Präsidenten «vergolden». Analog zur Jahresrechnung soll Bilanz gezogen werden, ob die gesteckten Ziele ihre Umsetzung fanden.

Interne Strukturen

Die im Tätigkeitsprogramm 2000 vorgestellte Projektorganisation ist realisiert. Die bisherige Kommissionsstruktur (Militär, Medien, Politik) wurde sehr rasch ersetzt. Der Vorstand arbeitet heute auf der Basis von vier Projektgruppen:

- Projektgruppe 1 (Präsident): Strategie/Redaktion/PR/Veranstaltungen
- Projektgruppe 2 (Kassier): Finanzen/Mitgliederbetreuung/Administration
- Projektgruppe 3 (Vizepräsident): Werbung/Marketing
- Projektgruppe 4 (situativ): Task Force für ausserordentliche Projekte und Massnahmen

Jeder Projektgruppe steht ein Chef vor, welcher für die vom Vorstand beschlossenen Projekte verantwortlich ist. Innerhalb der Projektgruppe sind einzelne Projekte zusammengefasst, welchen der Projektchef vorsteht. Es besteht die Möglichkeit, für einzelne Projekte Drittpersonen beizuziehen. Diese Option kann in einem Vorstand neue Erkenntnisse einbringen, weil oft die Gefahr besteht, dass der «in sich ruhende» Vorstand mit «Scheuklappen» agiert.

An den Vorstandssitzungen orientieren die Projektgruppenchefs über den Stand der Projekte.

Die neue Struktur ermöglicht eine hohe Flexibilität und gewährt sowohl den Projektgruppenchefs als auch den Projektchefs eine umfassende Handlungsfreiheit, welche schliesslich der Auftragsbefriedigung zugute kommt.

Die Vorstandsmitglieder der Vereinigung PRO LIBERTATE haben die neue Struktur – erstens – umgehend akzeptiert und – zweitens – erfolgreich umgesetzt. Dass der eingeschlagene Weg richtig ist, zeigt die geleistete Arbeit.

Politische Arbeit 2000

Im Rahmen des so genannten General-Guisan-Zyklus konnten wir drei Veranstaltungen durchführen bzw. vorbereiten:

- 1.9.2000: Besuch Waffenplatz Chamblon
- 7.10.2000: Tagung im Schloss Jegenstorf
- 23.2.2001: Besuch Armeeausbildungszentrum Luzern und Flugplatz Emmen

Mit diesem Zyklus wollen wir uns über die entsprechenden Themen informieren lassen, unseren Willen zur Erhaltung der militärischen Landesverteidigung kundtun und die Leistung der Aktivdienstgeneration würdigen.

Die Umverteilungs- sprich Halbierungsinitiative (UMVI) der Sozialdemokraten wurde am 26.11.2000 von Volk und Ständen abgelehnt. Das armee-feindliche Begehren haben wir mit einer Plakat- und Inseratenaktion aktiv bekämpft. Zum ersten Mal gaben wir die so genannte Plakataktie heraus, welche es Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, direkt in die Abstimmungskampagne zu investieren. Diese Aktion darf als Erfolg ausgewiesen werden.

Sicherheitspolitik und Armee reform: Wir haben in unserem Mitgliederbulletin «PRO-LIBERTATE-Mitteilungen» regelmässig über den Stand der Diskussion publiziert. Wir gaben uns dabei oft skeptisch. Wir stellen nach wie vor die geplante sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland in Frage, insbesondere deren angestrebten Umfang. Für uns lautet der Hauptauftrag auch in der neuen Armee: Verteidigung und Schutz der Schweiz. Aus diesem Grund unterstützten wir das Doppelreferendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes (bewaffneter Auslandeinsatz und internationale Ausbildungszusammenarbeit), denn diese übernimmt die Vorreiterrolle einer falschen Prioritätensetzung. Unsere offen ausgetragene Skepsis und Infragestellung stiess besonders in Kreisen des Verteidigungsdepartementes auf schroffe Kritik, indem unsere Vereinigung in die «rechtsnationale Ecke» gestossen oder als «arrogant» betitelt wurde. Diese Kritik stört uns nicht. Sie zeigt, dass wir gehört werden und dass

die Verantwortlichen nervös sind. Sie zeugt auch von der Stärke der direkten Demokratie, wenn die Opposition aus dem Volk die Regierung und die Verwaltung verunsichert. Wir werden also unvermindert unsere Rolle als Bürger wahrnehmen!

Auf die Herausgabe einer weiteren Broschüre verzichteten wir 2000; wir verfolgten das Motto «Taten statt Worte». Das Schwergewicht legte die Redaktion zudem auf die Herausgabe von sechs Ausgaben des Mitgliederbulletins. Die Vereinigung PRO LIBERTATE unterstützte aktiv die Gründung der Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Diese Dachorganisation zählt zurzeit 25 Organisationen und hat

Als Angehörige unserer Armee leisten wir einen Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung und zum Frieden in Europa. Deshalb stehen wir ein für eine zuverlässige militärische Landesverteidigung. Kompromisslos.



PRO LIBERTATE
Schweizerische Vereinigung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte
3000 Bern 11

Die Vereinigung PRO LIBERTATE publizierte dieses Inserat im Handbuch «Schweizer Armee 2001» und löste damit im VBS Verwunderung aus! Die «BZ» hat am 6. 1. 2001 darüber berichtet.

Die Reaktion des VBS wiederum hat uns erstaunt... Wenn es Ihnen auch so ergeht, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Anliegen unterstützen würden.

- Senden Sie mir unverbindlich Ihre Unterlagen
 Ich melde mich zur Mitgliedschaft an (Jahresbeitrag Fr. 40.–)

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
E-Mail: info@prolibertate.ch



«Das offizielle Bern hatte 2000 mit uns nicht immer Freude!» (Keystone)

das Ziel, die Verunglimpfungsberichte der Bergier-Kommission mit geeigneten Massnahmen zu relativieren bzw. zu marginalisieren, indem die Tatsachen festgehalten werden.

Der Mitgliederbestand konnte zwar nicht gemäss dem gesetzten Ziel erhöht werden, aber die Neueintritte stimmen optimistisch. Allein die Produktion von hochwertigen Broschüren und Prospekten genügt für die Mitgliederrekrutierung nicht. Die politische Aktion und die Öffentlichkeitsarbeit sind zwingende Faktoren, um eine Vereinigung wie PRO LIBERTATE attraktiv «auf den Markt der Meinungsbildung» zu bringen. 2000 haben wir diese Erkenntnis umgesetzt.

Die Vorbereitungen für die Kampagne «Nein am 4.3.2001 zur Initiative Ja zu Europa» konnten bereits vor Weihnachten abgeschlossen werden.

Die Arbeiten für den Internet-Auftritt sind vorangekommen. Ab Ende Januar 2001 ist die Adresse www.prolibertate.ch in Betrieb. Ende April wird das Projekt abgeschlossen sein.

Im personellen Bereich konnten wir im August Frau Annemarie Gür-Bossard aus Lauterbrunnen in die Vorstandsarbeit integrieren. Frau Gür-Bossard unterstützte kräftig die Redaktion und übernahm auch die Protokollführung. Der Vorstand freut sich, sie an der Mitgliederversammlung vom 10. März 2001 zur Wahl vorzuschlagen.

Die gültigen Vereinsstatuten stammen aus dem Jahr 1987. Sie mussten dringend überarbeitet werden. Wir sind nun in der Lage, einen Statutenentwurf der Mitgliederversammlung vom 10.3.2001 vorzulegen. Der Entwurf liegt diesem Versand bei. Ich bitte Sie, diesen zu prüfen und dem Antrag des Vorstandes Folge zu leisten.

Im vergangenen Jahr erfuhren wir eine eindrucksvolle Unterstützung. Ich danke deshalb unseren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihr Engagement.

Meinen Vorstandskollegen danke ich für die Zusammenarbeit. Der Vorstand zeichnete sich aus durch eine zuverlässige Präsenz an den Sitzungen, Loyalität und sachbezogene Kritik sowie durch einen unermüdlichen Einsatz für die Projekte.

Wir haben das Jahr 2001 bereits an die Hand genommen. Mit der gewohnten Hartnäckigkeit setzen wir unsere Arbeit fort.

Werner Gartenmann
praesident@prolibertate.ch

Jahresbericht Projektgruppe 2: Finanzen/Administration

Die Finanzlage unserer Vereinigung wird an der Hauptversammlung vom 10. März 2001 mit der Jahresrechnung dokumentiert und erläutert.

Das Berichtsjahr 2000 hat im Bereich Rechnungswesen überdurchschnittlich viele Zahlungsbewegungen gebracht. Die zahlreichen Aktionen, insbesondere auch die Geldbeschaffungsbemühungen für die Finanzierung der UMVI-Abstimmung, sind bezüglich Anzahl von Einzahlungen ausserordentlich gross gewesen. Die Gegebenheit, dass jedem Versand ein Einzahlungsschein beigelegt wurde, hat bewirkt, dass sehr viele – wenn auch im Vergleich zu an-

deren Jahren – bescheidenere Einzahlungen geleistet wurden. Auffallend ist die Tatsache, dass unsere Mitglieder, Gönnern und Sympathisanten nach wie vor die besten und treuesten Spender sind – ein Umstand, der vom Vorstand mit viel Freude, aber auch mit grosser Dankbarkeit zur Kenntnis genommen wird. Enttäuschend waren demgegenüber die Einzahlungen von «auswärtigen Adressaten». Selbst ausgesuchte, unserer Meinung nach erstklassige Empfänger waren kaum bereit, eine Spende zu tätigen. Im Klartext heisst das, dass unsere aufwendige Plakat- und Inseratenkampagne zu Gunsten un-



serer Armee fast ausnahmslos von unseren Mitgliedern finanziert wurde. Diese grossartige Verbundenheit anerkennen wir mit grosser Wertschätzung und

Hochachtung. Weiterhin gut entwickelt hat sich der Verkauf unserer Broschüren.

Der Ersatz unseres sieben Jahre alten Computers und die damit verbundenen Anpassungen an neue Programme hat-

ten zur Folge, dass während längerer Zeit die Datenbank nicht bedient werden konnte und deshalb gewisse Komplexe im Bereich Mitgliederbeiträge verspätet ausgeführt werden konnten. Andererseits erlaubt nun die neue Anlage,

rascher und professioneller die Administration zu führen.

Marcel Bieri
kassier@prolibertate.ch

Jahresbericht Projektgruppe 3: Werbung/Marketing

Im Jahr 2000 hat unsere Vereinigung erstmals sechs «PRO-LIBERTATE-Mitteilungen» herausgegeben. In den einzelnen Nummern haben wir zu aktuellen Themen Stellung genommen und unseren Standpunkt klargelegt. Gleichzeitig begannen wir mit Informationen über wichtige Ereignisse, die in einem späteren Zeitpunkt zum Tragen kamen.

Unsere Mitteilungen haben wir jeweils zusätzlich an ausgewählte Firmen und Personen versandt, um sie über unsere Tätigkeit zu informieren und zur Mitgliedschaft zu bewegen.

Besonders stark engagierten wir uns rund um die Abstimmung über die Initiative zur Umverteilung der Ausgaben der Schweizer Armee (UMVI). Wir erstellten einen Prospekt, mit dem wir die nötigen Mittel für den Abstimmungskampf sammelten. Diesen Prospekt mit weiteren Unterlagen legten wir in den Armeezeitschriften «ASMZ», «Schweizersoldat», «SOLOG-Mitteilungen» und «Armee-Logistik» mit einer Gesamtauflage von 57300 Exemplaren bei. Zudem versandten wir über 30000 Exemplaren an die Grossindustrie, Banken und Versicherungen sowie an Adressen in grösseren «Garnisonsstätten». Die zusammengetragenen Mittel erlaubten uns, den Start einer breiten Abstimmungskampagne auszulösen. Wir konnten 330 Plakatstellen B12 belegen, und in 28 grösseren Tages- und Wochenzeitungen erschienen unsere Inserate zu einem klaren *Nein*. Die

Aktion hat sich gelohnt. Das Schweizer Volk hat die Initiative mit 62% Nein abgelehnt.

Bei all diesen Aussänden stand im Hintergrund die Mitgliederwerbung. Es ist in der heutigen Zeit sehr schwer, an Personen (besonders an jüngere) zu gelangen, die sich mit uns für unsere Sache engagieren und sich zu einer Mitgliedschaft entschliessen. Eine spezielle Mitgliederwerbemaassnahme, die wir am Jahresende ausgelöst haben, brachte uns schliesslich doch noch einen gewissen Erfolg.

Im Dezember begannen wir mit der Mittelbeschaffung für den Abstimmungskampf *Nein zur Volksinitiative «Ja zu Europa»*.

Zurzeit sind wir an den Vorbereitungsarbeiten für die Erstellung eines Mitgliederwerbeprospektes. Wie schon vorgängig bemerkt, ist die Erweiterung des Mitgliederbestandes eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Max Gerber
vizepraesident@prolibertate.ch



Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11, Fax 031 332 57 13
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint sechsmal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
gartenmann@prolibertate.ch
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen, bieri@prolibertate.ch
Thomas Fuchs (Sekretär)
3018 Bern-Bümpliz
fuchs@prolibertate.ch
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach



Das Schweizer Volk soll entscheiden!

Die Vereinigung PRO LIBERTATE unterstützte das Doppelreferendum «Keine Schweizer Soldaten im Ausland – keinen ausländischen Soldaten in der Schweiz». Das Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes wurde am 24. 1. 2001 vom überparteilichen Referendumskomitee erfolgreich der Bundeskanzlei übergeben: mit dabei die Vorstandsmitglieder Thomas Fuchs, vordere Reihe rechts, 2. Reihe rechts Werner Gartenmann und 3. Reihe links Annemarie Gür-Bossard. (Keystone)

Der Stadt Bern läuft der Bär davon!

Die Berner Stadtregierung schickt den «Bäremutz» in die Wüste. Künftig wird anstelle des Berner Bären ein simples «B» mit einem darüber liegenden «E» auf Briefpapier, Faxdeckblättern und Reglementen prangen, trotz Missmut der Bevölkerung. Ein überparteiliches Komitee wird in den nächsten Wochen eine Volksinitiative lancieren; Zeitungsredaktionen werden mit Leserbriefen überhäuft und ein auch von der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE unterstützter Protestaufruf füllt zurzeit täglich das Postfach 6803 der Berner Hauptpost.

Erschreckend ist, dass ein rot-grün dominiertes Siebnergremium sich annasst, einen derartigen Entscheid

in Eigenregie zu fällen, notabene nicht einstimmig. Die Salomitaktik ist offensichtlich: Zuerst ändert man Briefpapier und Couverts, später folgen Stadtfahrzeuge, Uniformen und öffentliche Beschriftungen. Dabei gäbe es in der Bundeshauptstadt bei Gott wichtigere Probleme zu lösen und 400 Millionen Franken Schulden abzubauen.

Ohne jeglichen Nutzen wird eine Tradition gebrochen. Bern und der Bär sind miteinander unzertrennlich verbunden und Bären sind aus dem Stadtbild und dem Bärensgrab nicht wegzudenken. Überall erscheint der schwarze Mutz mit der heraushängenden Zunge – auf Wappen und Gebäuden, als Brunnenzier und Warenzeichen, als Beizen-

schild und sogar als Zeitung. Noch heute marschiert zu jeder vollen Stunde eine Glockenspiel-Bärenkohorte über den Torbogen des Zytgloggeturms.

Als Berner stört es mich, dass ich künftig nicht nur gegen das Vorurteil der bernischen Langsamkeit kämpfen muss, sondern mich neu auch noch in der ganzen Schweiz für heimatlose Magistraten zu entschuldigen habe. Das Image der Bundeshauptstadt wird durch den Logowechsel weiter verschlechtert und Bundesbern wird landesweit zum Gespött. Als ob ein roter Platz (künftige Gestaltung des Casinoplatzes), rote Zahlen, rote Politik und rote Trams nicht genügen würden. Der Buchstabe «B» signalisiert den definitiven Abstieg der Bundeshauptstadt in die Nationalliga B und man kann es vielen Leuten nicht einmal mehr verübeln, wenn sie Bern künftig links liegen lassen.

Ein Vorteil der Neugestaltung existiert: Offizielle Couverts der Stadtverwaltung müssen künftig für den Versand mit B-Post nicht mehr speziell gekennzeichnet werden.

Thomas Fuchs
Stadtrat, Bern
fuchs@prolibertate.ch

Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 2/01